

ANTWORTEN
von
Wolfgang Schreiner
(KV Esslingen)

Der Fragenkatalog, auf den sich die Antworten beziehen, ist nachzulesen unter <http://www.gjbw.de/index.php?id=2028>



1. Die IrInnen haben den EU-Reformvertrag abgelehnt. Eine Katastrophe, glaubt frau/man der Mehrzahl der Medien. Ich meine nicht. Ist es für einen Staatenbund mit einer vergleichsweise einmalig tief gehenden Integration nicht eher ein Luxusproblem? Ein bisschen schon: die EU ist beileibe nicht handlungsunfähig. Die Institutionen Rat, Kommission und Parlament funktionieren nach den derzeitigen Regeln mehr recht als schlecht. Beweis dafür sind doch die unzähligen Richtlinien und Verordnungen, die auf vielen politischen und gesellschaftlichen Ebenen maßgebliche Veränderungen bewirkt haben und auch künftig bewirken werden.
Allerdings: das Beispiel der irischen Absage, und nicht nur dieser, zeigt, dass sich bei Europas BürgerInnen ein bedenkliches Unwohlsein eingestellt hat. Misstrauen, Unverständnis, Fehlinterpretationen, Intransparenz, Demokratiedefizit und nicht zuletzt die Angst vor Souveränitätsverlust prägen in großen Teilen der Bevölkerung das Bild der EU-Politik.
Deshalb meine Forderung: Durch Europäischen Rat und Europäisches Parlament beschließen, dass die Zahl der KommissarInnen zehn Jahre lang, also zwei Legislaturperioden, nicht reduziert wird und während dieser Phase eine "echte", kompakte, Verfassung "der Grundrechte und -pflichten sowie der demokratischen und institutionellen Arbeitsweise" zu erarbeiten. Dieses erfolgt in einem Konvent mit Vertretern von Zivilgesellschaft und Politik in identischer Zahl(!), begleitender breiter öffentlicher Diskussion und einer abschließenden EU-weiten Volksabstimmung am Tag der EP-Wahl 2019. Bei Ablehnung insgesamt bleibt der seit zwei Perioden gültige Status mit 27 KommissarInnen automatisch in Kraft. Bei Ablehnung in einzelnen Mitgliedsstaaten müssen den BürgerInnen verschiedene Konsequenzen angeboten werden: "Wir beugen uns der Mehrheit und machen trotzdem mit" oder "EU der zwei Geschwindigkeiten" oder "Austritt".
2. In Stichworten folgen die Politikbereiche, die meiner Meinung entweder zwingend auf der

Ebene der Union, alternativ zwingend auf der Ebene der Mitgliedsstaaten angesiedelt sein sollten. Die Aufzählung berücksichtigt nicht, dass in fast allen Politikbereichen bereits eine gewisse Aufteilung der Kompetenzen besteht.

Politikbereiche für die Ebene der Union:

Asyl-, Einwanderungs- und Menschenrechtspolitik

Klima- und Energiepolitik

Fischereipolitik

Welthandelspolitik

Entwicklungspolitik

Außen-, Sicherheits- und Nachbarschaftspolitik

Rüstungspolitik

Politikbereiche für die Ebene der Mitgliedsstaaten:

Öffentliche Daseinsvorsorge

Erziehungs-, Bildungs- und Kulturpolitik

Forschungspolitik

Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik

Zivil- und Strafrecht

Grundsätzlich für alle Politikbereiche, besonders aber für die den Mitgliedsstaaten zugeordneten, sehe ich die Aufgabe der EU in einer öffentlichen und transparenten Vernetzung der Akteure und Informationen sowie der Gewährleistung gegenseitiger Anerkennungen. Beispielweise Online-Börsen für grenzüberschreitende Forschungsprojekte, für Studien- und Ausbildungsplätze oder Vergleich bzw. Anerkennung von (Aus-) Bildungsabschlüssen.

3. Europa als Softpower/Europa des Miteinander

4. Die Ziele eines Europa der BürgerInnen formuliere ich so: Bescheidener materieller und großer kultureller Wohlstand für Alle unter Schonung der globalen natürlichen Ressourcen. Die BürgerInnen führen hierfür permanent einen öffentlichen, friedlichen und gleichberechtigten Disput über das "Wie dort hin gelangen?" und "Wie ihn erhalten?". Die Ergebnisse werden hineingetragen in die existierenden Entscheidungsinstitutionen, auch per europäischem Bürgerbegehren. Dieser ist in etwa der Ist-Zustand.

Meine Vision: Es muss ein Mechanismus für mehr Volksabstimmungen installiert werden, durch den transparent festgelegt wird, ab welcher Relevanz einer zu treffenden politischen Entscheidung die BürgerInnen direkt wirksam abstimmen sollen. Es entstünde eine größere und bürgernähere argumentative Vielfalt in den Diskussionen und letztendlich würde eine erweiterte politische Teilhabe möglich, vorausgesetzt, die BürgerInnen intensivieren ihre persönliche Auseinandersetzung mit europäischen Themen.

Konsequenterweise ginge hiermit einher ein teilweiser Machtverlust der politischen Institutionen, aus meiner Sicht durchaus diskutabel.

5. Wahlversprechen gibt es meiner Meinung nach, besonders in der Europapolitik, nicht zumindest nicht, wenn sie auf ein konkretes politisches Ergebnis zielen. Versprechen kann ich nur, mich als Parlamentarier meinen Hauptzielen mit ganzer Kraft zu widmen, die da sind: globale Armuts- und Hungerbekämpfung, Abrüstung und Frieden, Durchsetzung der Menschenrechte und Erhalt unserer natürlichen Ressourcen.